

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

71 (24.3.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsstelle: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 71. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 24. März 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Regelung der Heimarbeiterfrage.

Die Heimarbeiterausstellung in Berlin ist nicht ohne Wirkung geblieben. Das zum Himmel schreiende Elend, das dort entblüht wurde, hat nun auch die bürgerlichen Reichstagsparteien mobil gemacht, nachdem schon vor einigen Wochen ein Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeiterfrage von unserer Reichstagsfraktion eingebracht worden ist. Die nationalliberalen Abgeordneten Freiberger, Herrmann, Kaisermann, Prinz zu Schönau, Graf v. Driola beantragen zusammen mit Abgeordneten sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten, die verbündeten Regierungen zu erlangen:

1. möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie (Heimarbeiter) vorzulegen, und zwar unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: daß
1. die Heimbetreibenden (einschließlich Zwischenhändler, Faktoren usw.), welche außerhalb ihrer Arbeitsstätten Personen mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigen, verpflichtet sind, ein Verzeichnis dieser Personen zu führen und regelmäßig der Ortspolizeibehörde oder einer von dieser bestellten Meldestelle mitzuteilen;
2. soweit Wohnhäuser für die Heimarbeiter eingerichtet werden, entsprechend den Kubiken der Wohnhäuser über die gegebenen Arbeitsaufträge Buch geführt und dieses den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorgelegt wird;
3. die Gewerbeaufsicht auf die in der Heimarbeiterbeschäftigten Personen ausgeübt und möglichst durch besondere Beamte, auch weibliche, ausgeübt wird;
4. auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten die Polizeibehörden befugt sind, zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten oder der Monumenten oder der Sittlichkeit im Wege der Verhängung für einzelne Arbeitsstätten Vorschriften zu erlassen, oder die Beschäftigten von besonderen Bedingungen abhängig zu machen oder auf Zeit zu unterlagen;
5. der Bundesrat, oder falls dieser von seiner Befugnis keinen Gebrauch macht, die Landes-Verordnungsbehörden oder die zuständigen Polizeibehörden befugt sind, im Wege der Verordnung solche Vorschriften, sei es allgemein, sei es für bestimmte Erwerbszweige oder Bezirke zu treffen;
6. den jugendlichen Personen und Arbeiterinnen, soweit ihnen nicht schon durch das Kinderbeschäftigungsgesetz die Gewerbeordnung ein weitgehendes Schutz gebietet ist, die Sonntags- und Nacharbeit (von abends 10 bis morgens 6 Uhr) verboten ist;
7. dem Bundesrat das Recht gegeben wird, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit auch für die Erwachsenen vorzuschreiben, sowie solche Arbeiten, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu unterlagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen;
8. den Arbeitgebern es unterliegt ist, die für Fabriken und Werkstätten festgesetzte Arbeitszeit dadurch zu umgehen, daß den Arbeitern Arbeit nach Hause gegeben wird;

9. für solche Bezirke, in denen die Hausindustrie stärker vertreten ist, Schutzkomitees als Hilfsorgane der Gewerbeaufsicht gebildet werden;

10. die Gewerbeaufsicht allgemein und auch dann für zuständig erklärt werden, wenn die Hausgewerbetreibenden die Rohstoffe selbst liefern;

11. für den Fall der Errichtung von Arbeitskammern geordnete Abteilungen für die Hausindustrie (Heimarbeiter), insbesondere auch zur Förderung von Tarifverträgen gebildet werden;

12. die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung möglichst ausgedehnt wird.

11. auf Grund der Gewerbeordnung die Arbeiter-Schutzbestimmungen tunlichst auf alle Werkstätten der Hausindustrie auszudehnen.

Die Freisinnigen haben zusammen mit der deutschen Volkspartei folgenden Antrag gestellt: den Reichskanzler zu ersuchen, sofort eine Enquete über die Lage der Heimarbeiter, insbesondere betreffs der Arbeitszeiten, der Arbeitslöhne, sowie ihrer sanitären und sozialen Verhältnisse zu veranstalten und sodann auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Beseitigung vorhandener Mißstände vorzulegen.

Wenn man jene Forderungen mit denen der sozialdemokratischen Gesetzentwurfes zum Schutz der Heimarbeiter vergleicht, wird man finden, daß die sozialdemokratischen Forderungen bedeutend weiter gehen. Während die bürgerlichen Parteien, den Versuch machen wollen, einige Auswüchse zu beseitigen, nach der sozialdemokratischen Entwurf das Uebel an der Wurzel, um der schamlosen Ausbeutung der Heimarbeiter und dem fürchterlichen Elend ein Ende zu machen. Dadurch, daß die bürgerlichen Parteien einen besonderen Entwurf in Vorschlag bringen, dem sozialdemokratischen also ihre Unterstützung verweigern, beweisen sie, daß sie die Heimarbeiter als einen Quell der reichlich fließenden Unternehmerprofite nach Möglichkeit zu erhalten wünschen.

Badischer Landtag.

(40. Sitzung.)
Karlsruhe, 23. März.
Der Landtag des Badischen Landes eröffnete am 9. März die 40. Sitzung. Im Regierungsrath: Minister Sauerel und Regierungskommissäre.

Eingegangen sind Petitionen:

- 1. einer Anzahl Angehöriger der Staatsfeuerkassen (Kriegsgehilfen) um Verbesserung ihrer Lage.
- 2. der Gemeinderäte Langenbrunn n. a. um Verleihung einer normal purigen Nebenbahn von Langenbrunn über Ebersheim nach Leinfelden.
- 3. der Gemeinde Weingarten um Gewährung einer Beihilfe zu einer Wasserleitung.
- 4. In Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern beschloß der Landtag die Einführung des elektrischen Lichts im Bezirksgebäude zu Leinfelden und
- 5. die Erstellung eines Amtsgebäudes in Leinfelden.

Regierungsrath wird erwidert, daß nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den berechtigten Wünschen entsprochen werden.

Abg. Virenmayer (Zr.) befragte die Erhöhung der Summe von 25000 M. für Staatsbeiträge an arme Gemeinden. Hier sollte man nicht gutartiger vorgehen, sondern nach einem festen Plan handeln.

Abg. Wintermann (Zr.) fragte sich diesen Ausführenden für eine Anzahl von Gemeinden seines Bezirks an. Minister Sauerel betont, daß der Staat hier nicht schuldlos vorgehen könne, es handle sich hierbei vornehmlich um solche Gemeinden, in denen die Steuerkraft eine zu geringe sei, um die Gemeindebedürfnisse zu befriedigen. Es schwerer über die Art der Verwendung seien nicht eingegangen, wobei er noch betonen möchte,

daß der Fond seit den letzten zwei Jahren auf 25000 M. erhöht worden sei. Der Fond sei ein ganz subsidiärer und komme nur dann in Betracht, wenn in anderen Positionen des Budgets nichts zu erlangen sei.

Abg. West (natl.) befragte bei dem Titel „Medizinische“ einen Beitrag für die Gemeinde Riedelsheim, um derselben zu ermöglichen, einen Arzt im Orte zu haben.

Abg. Wiedemann (Zr.) bittet bei Festsetzung der Satzungen für das neue Spital in Bruchsal das bürgerliche Element in der Lokalen Aufsichtsbehörde zu berücksichtigen.

Regierungsrath wird wohlwollende Prüfung zugesagt.

Die Abgg. Reiff und Dieterle befragten, der erstere die Weiterentwicklung der Ortsverwaltung durch Beibehalten, der letztere die Gewährung eines Beitrags an Waldkäse zur Erhaltung des angelegten Tierarztes.

Abg. Westwirth tritt für eine weitere Förderung des Fischereiwesens ein.

Abg. Kramer (Soz.):

Die Ausführungen, welche der Abg. Duffner in der letzten Sitzung dieses hohen Hauses über die Fischereigenossenschaften gemacht hat, lassen mich vermuten, daß derselbe kein Freund derartiger Genossenschaften ist, er meinte, daß dadurch verschiedene Landwirte, welche die Fischerei im Nebenberuf treiben, geschädigt werden. Ich kann diesen Standpunkt nicht teilen, ich halte vielmehr die Errichtung derartiger Genossenschaften gerade im Interesse der Landwirtschaft, weil durch den Zusammenfluß der Bewirtschaftung eines Fischweilers viel rationeller und lohnender betrieben werden kann. Bei dem Einzeljäger wird meist nach dem Grundbesitz gehandelt: „Nach mir die Sintflut“. Wenn man in Betracht zieht, daß das Fischereiwesen von der Regierung durch Tausende von Mark jährlich unterstützt wird, so ist es auch selbstverständlich, daß dieselbe ein Interesse daran hat, daß die Fischerei derart betrieben wird, damit sich dieses Kapital rentiert und dem Staat und der Allgemeinheit die erwünschtesten Früchte trägt. Auf die mangelhafte Bewirtschaftung während der sogenannten Schonzeit der Fische erlaube ich mir noch hinzuweisen, dieselbe geschieht meiner Ansicht nach viel zu schablonenhaft, denn die sogenannten Fischräuber wissen meist ganz bestimmt, in welcher Stunde das Aufsichtspersonal er scheint, um dann später desto sicherer dem Fang der Fische während der Schonzeit, welcher streng verboten ist, obzuliegen.

Eine andere Einrichtung, wie sie z. B. in Birtberg und Bayern schon besteht, möchte ich bei dieser Gelegenheit in Anregung bringen, und zwar die Veranlassung von Lehrkursen für Fischerei- und Teichwirtschaft. Im erstgenannten Staate findet jeden Winter ein derartiger Kurs in Lötzingen statt, in Bayern geht man sogar noch weiter und veranstaltet derartige Kurse in jedem einzelnen Kreis, und die Fischereiverhältnisse in Bayern beweisen auch, daß die Aufklärung, für die in diesen Kursen gefordert wird, sich auch reichlich lohnt.

Ich möchte derartige Kurse auch für unser Land in Anregung bringen und die Regierung darauf verweisen, ob es vielleicht nicht zweckmäßig sei, derartige Fischereikurse bei uns mit den landwirtschaftlichen Winterkursen zu verbinden, da doch in den meisten Fällen die Fischerei als Nebenbetrieb der Landwirtschaft betrieben wird.

Ich möchte die Regierung ersuchen, meine Anregung in Auge zu behalten und in geeigneter Zeit zu verwirklichen suchen.

Geb. Oberregierungsrath Glöckner kann den Ausführungen des Vorgesetzten im allgemeinen beistimmen.

Abg. Wenzel gibt die Anregung, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln einige zur Förderung der Fischerei zu verwenden.

Abg. Bießer betont zum außerordentlichen Etat, daß die hier eingeschlagenen Summen für Straßenverbesserung und Wasserleitungsanlagen an die Gemeinden freudig hoch eingestellt seien, doch seien auch hier noch weitere Beihilfen an arme Gemeinden mit hohen Umlagen dringend geboten.

Zu dem Titel: Beiträge an unbenutzte Gemeinden zu den Kosten der Wasserleitungsanlagen (300000 M.) bringen die Abgg. Wintermann und Reiff für die Gemeinde Riedelsheim, Kopf für Wolterode, Reiff für die Gemeinden seines Bezirks eine Reihe von Wünschen nach Unterstützung vor.

Abg. Geppert weist darauf hin, daß die Gemeindeforderungen vom Jahre 1896 bis 1903 von 96 Millionen Mark auf 228 Millionen Mark gestiegen seien; wenn die neuen Schuldenlasten hinzukämen, würde sich das Bild weiter verschärfen, so daß es wirklich geboten erschiene, für die Beihilfen zur Wasserleitung im nächsten Budget eine höhere Summe einzustellen.

In gleichem Sinne zugunsten einzelner Gemeinden sprechen die Abgg. Frig, Weggoldt, Dr. Binz, der auf die hohe Bedeutung der Wasserleitung für einzelne Gemeinden hinweist.

Abg. Westold (Soz.):

Auch ich habe einige Wünsche in bezug auf Wasserleitung hier vorzubringen. In meinem Wahlkreis befinden sich die Gemeinden Friedrichsfeld, Edingen und Nedarhaußen, die dringend der Wasserleitung bedürfen. Die genannten Gemeinden haben eine verhältnismäßig hohe Umlage und es wäre dringend wünschenswert, diesen Gemeinden, falls sie an die Regierung mit Wünschen herantreten, mit einem Staatszuschuß zu Hilfe zu kommen. Diese Gemeinden haben einer Reihe anderer kostspieliger Aufgaben zu genügen. Wenn man schon einer Gemeinde wie Riedelsheim, die ganz in der Nähe der Residenz liegt und keine Umlagen erhebt, Staatsunterstützung gibt, so glaube ich, verdienen Gemeinden, wie die von mir genannten, um so mehr entgegenzukommen. Es ist möglich, daß diese drei Gemeinden gemeinsam vorgehen und dann auch gemeinsam bei der Großregierung um einen Staatszuschuß zur Errichtung einer Wasserleitung vorstellig werden. Ich möchte deshalb heute schon die Regierung dringend bitten, in diesem Falle eine offene Hand zu zeigen und diesen Gemeinden nach Kräften entgegenzukommen.

Abg. Reiffle (Soz.):

Auch in meinem Bezirke ist eine Gemeinde, die einer Wasserleitung dringend bedarf. Es ist die Gemeinde Sandhausen, deren finanzielle Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, das Projekt zu verwirklichen. Die Gemeinde zahlt jetzt schon 88 Pfennig Umlagen, ein großer Teil der Gemeinbürger befindet sich in ärmlichen Verhältnissen, so daß in absehbarer Zeit eine Wasserleitung nicht durchgeführt werden kann, wenn der Staat nicht mit größeren Mitteln dieser Gemeinde unter die Arme greift. Der Widerstand gegen den begünstigten Bezirksratsbeschuß erklärt sich sehr leicht daraus, daß zurzeit noch eine ganze Reihe von dringenden Aufgaben zu erledigen ist und die Gemeinde deshalb einen Aufwand von 200000 M. für die Wasserleitung nicht aufbringen in der Lage ist. Hält der Bezirksrat an seinem Beschuß, daß die Gemeinde Sandhausen eine Wasserleitung erteilen muß, fest, so ist diese Gemeinde gezwungen, sich an die Regierung um Staatsbeiträge zu wenden und ich hoffe, daß dann der Staat einen namhaften Beitrag spenden wird.

Bei der Position: Staatsunterstützung zu Hochwasserfahrten befragt.

Abg. Bießer (Zentr.) bei der Ueberfahrt Raboltszell-Annung die Anstellung eines gelehrten Führers und verteilt auf den schrecklichen Unglücksfall, der im letzten Todesfall eingetreten, so wird obige Veterin engagiert, die dann, so lange die Leiche im Hause liegt, Wache zu halten hat und fortwährend beten muß. Für die zwei Tage und zwei Nächte dauernde Arbeit erhält die Frau 3 Franken und Kost. Zwischen am 7. am 30. Tage nach dem Tode, sowie am Jahrestag des Todes veranstalten die Hinterbliebenen Gedächtnisfeiern in der Kirche, wobei die 30-Veterin wieder zu funktionieren hat.

Kostentilg wird es der Jgfr. Durrer trotz Verleumdung und Mißverständnisses auch in Zukunft an Standjame nicht fehlen!

Humoristisches.

Aus dem badischen Landtag.

Abg. Lehmann: Wenn es der Abg. Redemacher noch einmal hören will, will ich ihm in drei Zeilen Namen noch einmal erklären: daß wir jedes Unrecht, das Geschehen geschieht, verurteilen.

Präsident Dr. Widenz unterbrechend: Ich halte es für ungeeignet, Erklärungen in drei Zeilen Namen hier abzugeben. Ich muß diesen Ausdruck befehlen.

Abg. Lehmann (weitergehend): Ich werde eben belehrt von Leuten, die es zu wissen beansuchen, daß mein Auspruch schon deshalb falsch war, weil es nur einen Teufel gibt. Ich nehme den Ausdruck zurück. (Weiterleit: Jura des Abg. Fröhlich: 5 mal 100000 Teufel! Stürmische Debatte.)

Abg. Schöler zum Abg. Bod: Wenn Sie hinunterkommen, können Sie es am Ende ja erfahren, wie viele Teufel es gibt.

Der Beobachter: Herr Pranter! Es gibt ein Lied und das heißt so — vielleicht singt es Ihnen Ihr Freund Wolff vor —:

Wärch mit uff a' frige,
Wärch mit abe g'falle,
Wärch mit uie g'fabe,
Wärch mit hie müesse.

Aus dem bayerischen Landtag.

Abg. Müller: Es hat mich merkwürdig angemerkt, wenn die Vertreter des Bauernstandes, die in diesem Landtag sich als die unglücklich verfolgten Bäuer aufgespielt haben —

Kleines feuilleton.

Heim „Hennig“ spielen erschaffen.

In Berlin ging Frau Spann aus der Ebertstraße 50 nach ihrem Raubengrundstück hinter der Landesberger Allee, um den Garten zu bearbeiten; sie nahm ihren 10 Jahre alten Sohn Rudolf mit. Dieser wollte kurz nach 1 Uhr nach der in der Nähe gelegenen Raube seines Bruders gehen, um zu sehen, wie weit dieser mit der Beseitigung gekommen sei. Der Knabe benötigte einen Sonnenan, an dem vier andere Knaben „Hennig und Schumann“ spielten. Möglichst sah ein Knabe, der sich allein in einiger Entfernung befand, daß Spann binfiel und nicht wieder aufstund, während die anderen vier nicht davonfielen. Der Knabe eilte nach der Spannschen Raube und berichtete Frau Spann, daß ihr Sohn Rudolf auf dem Wege liege und ganz blaß sei. Die Frau eilte hin und fand ihren Sohn tot daliegen. Ein Arzt, der mit dem Reviervorsteher kam, konnte nur noch feststellen, daß der Tod durch einen Schuß in den Rücken, der das Herz verletzt hatte, sofort eingetreten war. Die Leiche wurde befragt und nach dem Schaubause gebracht.

Die Nachforschungen nach dem Schützen wurden sofort eingeleitet. Ein Mann hatte gesehen, wie ein Knabe auf dem Felde etwas vergrub; man ging dieser Spur nach und entdeckte in der Erde einen Revolver, aus dem ein Schuß abgefeuert worden war. Diese Waffe wurde von dem Schußmörder Telge aus der Landesbergerstraße als sein Eigentum erkannt. Sein Sohn Otto hatte sie sich angeeignet, um sie beim „Hennig“ spielen in der Raubenkolonie zu benutzen. Hieran nahmen außer ihm noch die vierzehn und elf Jahre alten Söhne Max und Georg des Schlächters Schwarz aus der Landesberger Allee und ein bisher noch unbekannter Knabe teil. Der jüngere Schwarz spielte, wie die weiteren Ermittlungen ergaben, den „Hennig“. Er stieß durch die Raubenkolonie, verfolgt von Telge und den anderen Gespielten, die die „Schußleute“ waren. Während gerade der Heine Spann vorüberging, tauchte plötzlich der Verfolgte vor Telge auf. Dieser

schuß die Waffe an und drückte ab. Die Stugel durchbohrte Spann den Rücken und das Herz. Der Unglückschliche sagte auf dem Polizeipräsidium, daß er geglaubt habe, der Revolver sei nicht geladen.

Son Tode auferstanden.

Ein ergötzliches Geschehen ereignete sich jüngst in einem entlegenen Dorfe Serbiens. Da wohnte ein würdiger Greis, dessen Finanzen sich durchaus auf ökonomischer Höhe hielten. Wieder war er einmal beurteilt worden, eine Schuld zu begleichen, und er kümmerliche sich weiter nicht um das Urteil. Das aber ließ sich der Gläubiger auf die Dauer nicht gefallen und so schickte er einen Gerichtsvollzieher in das Dörfchen. Der alte Gauner hörte davon, war aber gar nicht in der Stimmung, zu zahlen. Also entschloß er sich, zu sterben. Er rief seine gute Alte, ließ sich feierlich aufbahren, Kerzen anzufachen, und nun begann eine große Komödie. Die Nachbarn wurden herbeigeholt, und als der Gerichtsvollzieher kam, hörte er ein lautes Wehklagen im ganzen Hause. Ihn kam aber der Lote etwas verdächtig vor, und so benutzte er einen Augenblick, in dem er nicht beobachtet wurde, und trat an die Leiche heran. Mit der linken Hand schloß er ihr den Mund, mit der anderen die Nase. Das hielt der alte Gauner natürlich nicht lange aus — er sprang plötzlich auf und schrie: „Ich erhalte!“ — Der Alte mußte nun seine Totentafel schleunigst ausziehen und zu sehen, wie der Gerichtsvollzieher die Möbel pfändete.

Das Tagebuch einer . . . Verstorbenen.

Kürzlich starb in Frankfurt die Gattin eines sehr wohlhabenden Kaufmannes im Alter von etwas über 40 Jahren. Die Trauerfeierlichkeit fand mit großem Pomp statt und der Witwer, der seiner Gattin mit aufrichtiger Liebe zugezogen gewesen, war fast untröstlich. Etwa eine Woche nach der Beerdigung kam er in den Effekten der Toten herum. Manches liebe Andenken fiel ihm da in die Hände, u. a. die Briefe, die er einst an seine Braut geschrieben, und vieles andere. Schließlich warf er auch einen Blick in das Tagebuch der Verstorbenen. Es enthielt zunächst eine Reihe von Eintragungen, die ihn wenig in-

teressierten, dann aber wurde die Lektüre spannender und der Witwer entdeckte, daß eine Reihe seiner Freunde Verleumdung gemacht hatten, an Tagen und zu Stunden, wo er nicht zu Hause war. Von diesen Verleumdungen hatte er auch niemals etwas vernommen. Nähere Bemerkungen über diese Verleumdungen, die das Tagebuch enthielt, ließen den Mann nicht darüber im Zweifel, daß ihn seine Frau mit einigen seiner besten Freunde hintergangen hatte. Diese Entdeckung brachte den Unglücklichen, der allezeit fest auf die Treue seiner Gattin gebaut hatte, so in Verwirrung, daß er sich durch einen wohlgezielten Revolverbeschuß in den Kopf das Leben nahm. Die Tat geschah in einem Anfall nervöser Erregung, so erzählten wenigstens die Verwandten, die das Ehepaar in Frankfurt besaß.

Maxim Gorki hat jetzt Berlin wieder verlassen.

Er ist zunächst in die Schweiz gereist, um dort mit seinem Landsmann und Freund, dem Schriftsteller Leonid Andrejew zusammenzutreffen. Nach dieser Begegnung wird sich Gorki wahrscheinlich für längere Zeit in einem stillen und warmen Schweizerdorf bei am Südbahnhof der Alpen niederlassen. Dort beschäftigt er vor allem an der Vervollständigung zweier größerer Werke zu arbeiten. Das eine ist ein umfangreicher Roman, das andere eine zusammenhängende Reihe von künstlerisch geformten Briefen, in denen Gorki seine Erlebnisse während der russischen Revolutionszeit und seine Meinung über die letzten politischen Vorgänge und die Entwicklung Rußlands darlegt.

30-Veterin.

Den Vorgang Nachrichten wird aus Sarnen geschrieben: Die letzte Nummer des Amtsblattes von Obwalden enthielt folgendes Inserat:

Achtung!

Durch Verleumdung hat es ein Mißverständnis gegeben und benachrichtige ich hienüt, daß ich die 30-Veterin fortsetze und empfehle mich bestens.

Jgfr. Josefa Durrer, Kerns.

Wirlich eine fonderbare Geschäftsempfehlung im 20. Jahrhundert! Mit der 30-Veterin hat es folgende Bewandnis: Ist in einer Familie ein

Jahre stattgefunden. Auch sei eine bessere Landverbesserung anzustreben.

Seitens der Regierung wird erklärt, daß sie mit der angeregten Frage beschäftigt sei.

Allgemeine Sicherheitspolizei.

Abg. Müller (Dem.) kommt auf die Unzulänglichkeit der Polizei der Gendarmen zu sprechen und ermahnt bei der Revision des Gehaltsvertrags eine wesentliche Verbesserung derselben. Er möchte für die Gendarmen für eine sommerliche Uniformierung eintreten. Man sollte auch davon absehen die alten, bejahrten Gendarmen noch einzusetzen und Gendarmen zu lassen, denn man habe in der Gendarmerie keine Vorbedenoten. Im dienstlichen Interesse sei es auch geboten, anstelle des Karabiners einen Revolver zu geben.

Abg. Dittmer (Chr.) hält dafür, den Gendarmen das Gewehr zu belassen.

Obg. Oberregierungsrat Glöckner: Was jetzt ist ein Wunsch an die Regierung in dieser Richtung noch nicht gekommen, doch sei die Regierung geneigt, aus diesen operativen Bereich die nötige Unterstützung ausgeben zu lassen.

Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.

Abg. Schmidt-Bretten (Kon.) befürwortet einen größeren Staatsbeitrag für die Erziehungsanstalt Mädchen- und Frauenheim Bretten und Abg. Wiedemann (Chr.) die Unterstützung des Vereins der Taubblinden.

Obg. Oberregierungsrat Glöckner: Was jetzt ist ein Wunsch an die Regierung in dieser Richtung noch nicht gekommen, doch sei die Regierung geneigt, aus diesen operativen Bereich die nötige Unterstützung ausgeben zu lassen.

Abg. Mohr (nat.) weist darauf hin, daß man die Gemeinden für diesen neuen Verein interessieren solle, wie dies bei den Ähnlichen der Fall sei.

Die Abg. Meyer (nat.) und Dittmer (Chr.) treten für einen Staatsbeitrag zur Herstellung eines Kurortes in Strübing ein.

Minister Schenkel gibt der Genehmigung Ausdruck, daß unter Schwerkraftkurorte sich so schön entwickeln können. Intelligenz und Kapital habe hier erfreulich zusammengegriffen und er glaube, daß dies auch ferner geschehen werde, ohne daß Staatshilfe, die er nicht in Aussicht stellen könne, notwendig sei.

Der Abg. Bauspach befürwortet einen höheren Staatsbeitrag für die Heilanstalt in Wosbach.

Abg. Pfeiffle (Soz.):

Ich habe Anlaß, einige Beschwerden mit Bezug auf die Lungenheilanstalt Friedrichsheim in vorzutragen. Die Anstalt ist bedeutend vergrößert worden, was, wie mir scheint, den Direktor der Anstalt stark belastet und nervös gemacht hat. Die Beschwerden beziehen sich hauptsächlich auf die Behandlung. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Patienten wegen recht kleinlicher Dinge ungebührlich entlassen wurden. So sind Leute entlassen worden, weil sie Artikel aus der Volkstimme vorgelesen oder diskutiert haben. Die Strede bis Badenweiler müßten die Kranken Leute, mit Gepäc schwer beladen, zu Fuß zurücklegen. Die Anstalt besitzt Pferde und Zuhilfen und hätte die Leute nicht so fortzuschicken brauchen. Lediglich sollte man der Konsequenz halber nicht nur die politische, sondern auch die religiöse Propaganda verbieten, wie es namentlich der dortige Anstaltsgeistliche tut, der behauptet, daß das Sammelrecht verboten ist! Sodann beschwerten sich die Patienten, daß nur nationalliberale und ultramontane Mütter aufliegen und nicht auch sozialdemokratische Mitmenschen. Ein großer Teil der Patienten liebt lieber sozialdem. Zeitungen. Selbst in Preußen sind in verschiedenen Anstalten die sozialdemokratischen Zeitungen aufgelegt. Die derzeitigen Lokalitäten der Anstalt reichen nicht mehr aus. Man sollte deshalb eine weitere Vergrößerung baldigst in Aussicht nehmen. Es stehen jetzt etwa 150 Patienten gegen 25 im Vorjahre auf der Warteliste. Bei vielen dieser Kranken tritt die Krankheit während der Warteliste in das zweite Stadium. Es sollten Wartelisten errichtet werden, desgleichen sollten für diejenigen, bei welchen die Krankheit so weit fortgeschritten ist, daß sie in der Anstalt keine Aufnahme finden, Aufenthaltsräume geschaffen werden. Baden hat den größten Prozentsatz Lungenkranke. Es muß in viel höheren Grade die Prophylaxe geübt werden, namentlich in den Fabriken. Die Hausindustrie liefert sehr viele Lungenkranke. Da spielen die mangelhaften Wohnungen, ungenügende Ernährung und schlechte Fabrikräume eine große Rolle. Es muß in dieser Richtung entschieden vorgegangen werden.

Ministerialrat Weingärtner betont, daß die Landesversicherungsanstalt Baden für die Lungenheilanstalten

Präsident Fuhs: Die Bezeichnung „Kammer“ ist nicht zulässig.

Abg. Müller: Ich weiß zwar nicht, was ich verbieten habe, aber ich werde wohl etwas verdröhen haben.

Präsident Fuhs: Ich habe die Bezeichnung „Kammer“ gerügt.

Abg. Müller: Nun ja, ich hätte auch Schafe sagen können. (Gelächter.)

Präsident Fuhs: Ich bitte den Redner, sich zu mäßigen.

Abg. Müller: Ich werde mich also mäßigen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Albert Eibelmann. In der uns vorliegenden Nummer 12 der kommunalen Praxis fehlt neben einer gründlichen und wohlbedachter Abhandlung des einzigen Vertreters der Sozialdemokratie in der zweiten sächsischen Kammer, des Abg. Goldstein, über den Entwurf eines Gesetzes über das Wasserrecht in Sachsen ein Aufsatz, der die neueren Ausdehnungen auf dem Gebiete der Hygiene des Schulunterrichts übersichtlich darstellt.

Den ältesten Eisenbahnen vom Jahre 1800 bildet der kleine Brodhahn im hohen erdigen 19. Heft ab und führt uns gleichzeitig die modernsten Eisenbahnen in den maritimen Jügen bildlich vor. Die im Erscheinen begriffene 5. Auflage des kleinen Brodhahn erbringt an jeder Stelle an welcher man die bisher erschienenen 19 Heft prüft, durch Text und Ausstattung mit Bildern und Karten den Beweis, daß man ein Werk von höchstem Gebrauchswert vor sich hat, das infolge seines billigen Preises für jedermann erschwinglich ist.

Spielplan des Groß. Hoftheaters.

Sonntag, 25. März, C. 53. Tannhäuser oder Der Sauerkrug auf Wartburg in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Montag, 26. März, A. 55. Jahrmärkte in Pulsnitz. Ein dramatischer Schwank in 3 Akten von Walter Hasenauer. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Dienstag, 27. März, C. 54. Der fahrende Schiffer. Komisch-romantisches Spiel in 1 Akt, Dichtung und Musik von Edgar Jfel. — Silvia oder Die Nymphen der Diana. Ballet in 3 Akten, Musik von Leo Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Theater in Baden-Baden.

Mittwoch, 28. März, 26. Ab. Vorh. Der Herr im Hofe. Lustspiel in 4 Akten von Paul Lindau. Anfang halb 7 Uhr.

Samstag, 31. März, 27. Ab. Vorh. Hans Huckebeln. Schwank in 3 Akten von Oscar Neumann und Gust. Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Friedrichsheim und Lützelheim Einrichtungen getroffen hätte, die allseitig wohlverdiente Anerkennung gefunden. Leider die Bestreue habe der Vorstand der Anstalt zu befehlen. Die gewöhnliche Einrichtung der Wartelisten sei bereits in vielen Orten getroffen. Wenn bei uns mehr Lungenkranke wie anderswo sind, so sei das darauf zurückzuführen, daß in Baden die Vorarbeiten über die Angelegenheit wesentlich früher seien, als anderswo. Es müsse aber auch hervorgehoben werden, daß die Zahl der an Lungenkrankheiten Erkrankten zurückgegangen sei.

Abg. Krüger (Soz.):

Auch wir verlangen der badischen Versicherungsanstalt die Anerkennung nicht. Ich habe in den letzten Tagen gehört, daß von Berlin aus gebremst werde, denn man lebe nicht gerne, daß Baden den anderen Staaten vorzuziehen. Der Leiter der Anstalt in Friedrichsheim wird von vielen Patienten nicht gelobt. Ich weiß die Arbeit dieses Mannes zu schätzen. Aber vielleicht ist er gerade infolge der großen Belastung etwas nervös geworden. Disziplin muß in einer solchen Anstalt herrschen, gewiß. Aber man sollte hier nicht nach militärischem Muster reglementieren. Vor allem möchte ich dringend wünschen, daß Patienten, die entlassen werden müssen, nicht zu Fuß fortgeschickt werden. Bezüglich der sozialdemokratischen Zeitungen muß ich dringend ermahnen, daß die Gleichberechtigung existiert. In Bezug auf die Prohylaxe kann ich den Ausführungen Pfeiffles zustimmen.

Abg. Wankenschau (nat.) nimmt den Direktor der Anstalt in Schutz und betont dessen hervorragende Tätigkeit auf allen Gebieten.

Badische Politik.

Die Parlamentskassen und der 17. März.

Getreulich sammelt der Beobachter die liberalen Vorfälle über den Kammerakt vom vorigen Samstag. Da er natürlich auch auf solche Fälle vom Schilde des Mannheimer Generalanzeiger — siehe Notiz: Liberale Schmach — freut er sich riefig und erklärt in geistiger Nummer: Solche Artikel bewahren man sich auf! Das mag der staatsretterische Fritolin tun. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben nicht nach der Meinung der liberalen Presse zu fragen und ebensowenig sich allezeit und immer an des Windes um 28. Oktober 1905 zu erinnern. Keinem Sozialdemokraten war das Bündnis mehr als ein wohltätiges Zusammengehen, das nur zum Zweck der Jurisdiktion der Zentrumsheerlichkeit geschlossen war. Darüber hinaus ging und geht jede Partei wieder ihre eigenen Wege.

Werkwürdig berührt die politische Schwelgerei des Zentrums anlässlich der jüngsten Vorgänge auch um deswillen, weil die Geschichte dieser Partei in parlamentarischen Kämpfen doch auch einige Mannigfaltigkeit aufweist. Der Beobachter weiß so gut wie mir, daß die bekannte Reichstags-Session Ende der siebziger Jahre, als der verlorbene Fürst Bismarck dem Zentrum den Attentäter Kraußmann an die Rockhose hängen wollte, worauf der damalige Abgeordnete v. Ballestrin mit einem kräftigen Pfui quitierte, keineswegs einen ruhigen Verlauf nahm. Und die Mallinrodt, Reichensperger, Windthorst, wie sind sie mit den Ministern umgegangen? Man verlohne uns also gar nicht mit Zuhilfenahme, die von dieser Seite herab als unangenehmsten berühren. In auch der Pruisen-Abgeordnete inzwischen Reichstagspräsident und hat auch Herr Fehrenbach den Dank der Grob. Regierung aus dem Munde des Ministers bekommen, so hat man darum noch immer keine Veranlassung, sich aufs hohe Ross des parlamentarischen Anstandes zu setzen. Denn: einmal war es anders!

Uebrigens eine Gegenfrage: Was hätten Fehrenbach und Genossen wohl getan, wenn der Minister erklärte hätte, an Z e n t r u m s abgeordnete dürfen sich Schmeichelei nicht wenden? U. A. W. G.

Liberale Schmach.

Eine liberale Presstimme müssen wir doch noch ältieren. Dem Mann, Generalanzeiger ist * das Verdienst vorbehalten, im Stile der Scharfmacherpresse die Aktion in der Zweiten Kammer auszuwerten. Er schreibt:

Wenn es schon so weit gekommen wäre, daß Regierungsbeamte, gleichviel ob sie den Rang eines Schutzmanns oder eines Oberamtmanns bekleiden, ungestraft und ungehindert Arm in Arm mit dem Genossen in der Ballonmütze gegen die Regierung ankämpfen dürfen, dann wäre es besser, gleich morgen schon den sozialistischen Zuhilfenahme zu etablieren. Ein Beamter hat in erster Linie die Verpflichtung, die Interessen des Staates und zwar des Gegenwartsstaates wahrzunehmen; es heißt aber dessen Interessen strafs zu widerhandeln, wenn Beamte es nicht verabsäumen, einer Partei anzuvertrauen, deren Endziel den Sturz der heutigen Regierung und der heutigen Gesellschaftsordnung bedeutet.

Kommentar wirklich überflüssig!

Zur Kammerberichterstattung des Zentrums,

über welche der Abg. Eichhorn schon im Landtag Andeutungen machte, noch ein Beispiel aus der schwarzen Geheiß:

Beim Etat der Strafanklagen rief der sozialdemokratische Redner die Tätigkeit der Gesängnis sächsischen herunter, ihr Erfolg sei Null, das Gehalt könnte gepart werden. Die Regierungskasse, welche sonst auf jede Kleinigkeit erwiderte, schwieg und überließ die Antwort dem Zentrumsgenossen Schmidt. Die Luft von 1870 wird immer fühlbarer, sie wird aber nicht das Zentrum wegwehen.

Man nimmt an, daß der Landtagsabgeordnete Schmidt diese Selbstberherrlichung einhändig verbroschen hat. Dann wäre er der Dichter, welcher die C. C. oder Bauernfang-Kammerkorrespondenz zu verfassen die Ehre haben soll. Dieser Herr ist aber Grob. badischer Richter!

Kein ungnädiger Empfang.

Der demokratische Abg. M u s e r erklärt im Bad. Landesboten folgende Erklärung:

Im Interesse der Wahrheit und um einer Legendenbildung vorzubeugen, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der Vorwärts brachte kürzlich eine Mitteilung aus Karlsruhe, in der unter anderem behauptet wird, es sei eine bekannte Tatsache, daß „im Schloß zu Karlsruhe“ ein „Widerpruch“ (nämlich gegen entgegengelegte Anschauungen des Landesherren) nicht beliebt und gestattet ist. Es wird dann fortgefahren: „Das mußte einmal der neuemalige Abgeordnete M u s e r erfahren, als er bei seinem ersten — aber auch letzten — Besuch am Hof einer ungnädigen Beurteilung seiner damals erschienenen Broschüre

„Sozialistengesetz und Rechtspflege“ entgegengetreten wurde.“

Diese Behauptung ist eine irrtümliche. Der Großherzog von Baden hat bei dem in Frage kommenden Anlaß allerdings die Sprache auf meine damals erschienene Broschüre „Sozialistengesetz und Rechtspflege“ gebracht, und mir auch zu verstehen gegeben, daß er mit derselben nicht einverstanden sei, allein dies geschah in einer durchaus liebenswürdigen und nicht entfernt „ungnädigen“ Weise. Unser Großherzog verübte es mir auch nicht im geringsten, als ich meinen entgegengelegten Standpunkt ihm gegenüber vertrat. Das ganze Gespräch befaßte mich in der Ueberzeugung, an der ich auch seither nie irre geworden bin, daß unser durch und durch humaner und wohlwollender Großherzog der letzte ist, der die freie Aussprache einer der feinsten entgegengelegten Anschauung nicht ertragen könnte, oder gar nicht gestatten würde. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, einer Darstellung entgegenzutreten, die, wenn sie unwiderprochen bliebe, leicht zur Entstellung des geschichtlichen Bildes eines Mannes beitragen könnte, der allen Anspruch darauf hat, in seinem wahren Wesen erkannt und nicht verkannt zu werden.

Die geschichtliche Ehrenrettung der Monarchie war bisher nicht Aufgabe der Demokratie; einer ihrer bekanntesten Vertreter im liberalen Lande Baden denkt darüber anders. Auch ein Beitrag zur Psychologie der Demokratie!

Herr Bildens am Ende seiner Tätigkeit.

Recht hochhaft schreibt die Bad. Post:

Herr Dr. Gömmer wird, wie wir hören, demnächst seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen; in diesem Falle wird Dr. Bildens vielleicht geneigt sein, von seinem Präsidentenstuhl herabzusteigen, auf dem er sich nie recht wohl gefühlt zu haben scheint. Seine Präsidentenwürde hat ihm nicht allzu viel Ruhm eingebracht; die Objektivität seiner Ausführungen (man denke z. B. einerseits an sein Verhalten gegen seinen Kartellfreund Süßkind, andererseits gegen Schmidt-Bretten) ließ nahezu alles zu wünschen übrig. In dieser Beziehung hatte er von seinem Vorgänger Gömmer wenig oder nichts gelernt.

Sollten wir unsere Meinung sagen, würden wir erklären: Herr Bildens ist die lebhaftige Zensurbehörde, gegen die es nicht einmal eine Berufungsinanz gibt. Dinge, die man in jeder Volksversammlung, selbst wenn sie überwatcht wird, unbeanstandet vorbringen kann, sind im badischen Landtag parlamentarisch nicht zulässig. Wir gestehen offen, wir bewundern die Lammsgebild der Abgeordneten. Scheidet Herr Bildens vom Präsidentenstuhl, wird ihm niemand eine Kränze nachweihen, am allerwenigsten die sozialdemokratischen Abgeordneten.

Noch immer die Bretener Wähl.

Sie war wirklich zu originell, schreibt uns ein Leser des Volksfreund, als daß man nicht noch einmal darauf zurückkommen könnte. Mannte da eine Frau voll Eifer zu ihrer Nachbarin, um deren Mann zu bestimmen, für Schmidt einzutreten. Und die Grinde: Wenn man einmal gestorben ist, will man dort drüben auch noch ein ordentliches Plätschen, deshalb muß man den Schmidt wählen! Also von wegen des Plätschens! Parrer Gaifert hat eben Schule gemacht.

In G o n d e l s h e i m soll man nach den Befehlen eines Tanzmeisters nicht mehr tanzen wollen. Dieser gute Mann ist Maurer und auch Tanzmeister und hat jedenfalls gefunden, daß Herr Schmidt in der hohen und höchsten Politik sehr gut zu tanzen versteht. Also trat er für ihn ein. Und nun wollen die Tänzer nicht mehr nach ihm tanzen. Da Herr Schmidt allen hilft, wird er ja auch für die Maurer und Tanzmeister etwas übrig haben.

Deutsche Politik.

Der Kolonialsekretär abgelehnt.

Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte am Mittwoch zunächst die Erhöhung des geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes von einer halben auf eine ganze Million und alsdann den ganzen Etat des Amtes. Dagegen wurde die Errichtung eines selbständigen Reichskolonialamts mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Zentrum und die gesamte Linke. Der Resten eines Unterstaatssekretärs mit 20 000 Mk. Gehalt wurde bewilligt.

Ein freiwilliges Regierungsblatt droht bereits, wenn das Plenum den Kommissionsbeschluss aufrecht erhalte, werde Erbrünn Sollenlohe von seinem Posten zurücktreten. Aber nachdem das Zentrum sich einmal in dieser Weise festgelegt, wird es wohl kaum noch zurück können. Wahrscheinlich ist der von ihm geforderte Preis nicht bewilligt worden.

Reichstagswahl in Döbeln.

Wir lesen in der Täglichen Rundschau:

Die schmerz, nur wenig Aussicht auf Genesung lassende Erkrankung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Grünberg macht, wie man uns aus Plauen schreibt, eine Reichstagswahl im 16. sächsischen Wahlkreise (Döbeln) über kurz oder lang wahrscheinlich. Nach dem Voglländischen Anzeiger würde man auf einen Erfolg der Bürgerlichen Parteien hoffen dürfen. Grünberg sei durchaus Revolutionsist. Nur diesem Umstände habe er weit über tausend Mitläufer und damit seinen Sieg gleich im ersten Wahlgang mit 2000 Stimmen Mehrheit zu verdanken. Ein für alle Nichtsozialdemokraten annehmbarer Kandidat würde wenigstens bei der zu erwartenden Stichwahl Ansichten haben, wenn alle jene Mitläufer für ihn eintreten.

Zunächst kennzeichnet es den Bildungsgang der Täglichen Rundschau, die sich mit besonderer Vorliebe als Organ des „gebildeten“ Bürgertums geriert, daß sie gefühllos mit dem Tode eines Schwerverkranken rechnet, als sei der Tod schon erfolgt. Was im übrigen die Hoffnungen des sächsischen Blattes anbetrifft, so ist gar zu deutlich der Wunsch der Vater des Gedanken. Wir sind überzeugt, daß unsere sächsischen Genossen im gegebenen Falle diese sauberen Rechnungen mit einem Rud zerreißen werden.

Es soll geknallt werden.

Nachdem es erst vor kurzem im Verein für die hergaulichen Interessen des Ausprobierenkreises merklich gefochrt hat, ist es nun auch im allgemeinen Knappheitskreise zu Hochum zu tiefgehenden „Reinigungsarbeiten“ gekommen. Dem Bergart Rudwig wurde eine Pistolenforderung des

Direktors Dr. Bäumer überbracht, weil Rudwig es gemagt hat, den Herrn Direktor zu größerer Pünktlichkeit in der Befolgung seiner Dienstaufweisung zu ermahnen.

Die „Revolte“ deutscher Matrosen.

Auf dem Kreuzer „Frauenlob“ sollte es im Laufe des Sommers d. J. zu ersten Disziplinwidrigkeiten der Mannschaften gekommen sein, und zwar in Anwesenheit des Kaisers. Unser Kieler Parteiblatt hatte die Meldung zuerst gebracht. Statt nun einfach Aufklärung zu geben, stellte die Marineverwaltung gegen das Blatt Strafantrag. Es kam auch zu einer Beurteilung des Redakteurs, trotzdem u. a. festgestellt wurde, daß Geschüßteile über Bord geworfen worden waren. Vor einigen Tagen wurde der Fall in der Budgetkommission vom Genossen Schöpflin zur Sprache gebracht und vom Staatssekretär des Marineamts, v. Tirpitz, Aufklärung darüber erbeten, welche Ursachen die Mannschaften veranlaßt haben können, sich zu solchen Handlungen hinreißen zu lassen. Herr Tirpitz machte sich die Antwort leicht. Er erklärte, die Vorgänge auf dem Kreuzer „Frauenlob“ seien aufgebracht von einer Seite, der daran gelegen sei, die Disziplin im Meer und in der Marine zu untergraben. Mit sichtlich Befriedigung wies er auf die Bestrafung des Redakteurs der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung hin. Vom Genossen Hüb wurde ihm bedeutet, daß durch diese Bestrafung die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werde, daß wichtige Geschüßteile ins Meer geworfen wurden. Es erweise sich sehr unwahrscheinlich, daß ein nebenstehendes Vorkommnisse willen die Matrosen unbrausbar machen. Nun wollte Herr Tirpitz näheres nicht wissen. Der Fall bleibt also immer noch sehr mangelhaft aufgeklärt.

Notiztafel. Die Umbewaffnung der

Armee mit dem abgeänderten Gewehr und des Rohrladungsgewehrs ist bereits zum Teil durchgeführt.

Badische Chronik.

Pforzheim.

23. März.

Die Beratung des Pforzheimer Voranschlags wurde am Donnerstag Nachmittag von 5 Uhr ab fortgesetzt. Erledigt wurden die Friedhofskasse, Abfuhrkasse, Wasserwerkskasse, Arbeiterwohnhauskasse, Farrenhaltungskasse, Saalkasse, Volksbibliothek und Gaswerk.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende eine Mitteilung in persönlicher Angelegenheit. Von Rechtsanwält Wrombader sei eine Zuschrift an ihn gelangt, in der verlangt werde, der Schriftbürgermeister habe in der vorletzten Bürgerauschussung durch die Vermerkung: Das Gelände nördlich der Bahn sei Ackerland; die Grundstücksbesitzer daselbst insofern geschädigt, als das dortige Ackerland in der Verbernesung Einbuße erleiden könnten. Er habe dadurch mehr das Interesse der Generaldirektion als jenes der Grundstücksbesitzer gewahrt, die gegen eine derartige Behandlung protestieren müßten. Eine ähnliche Eingabe kam auch von dem Stadtk. Kayler. Der Vorsitzende bemerkte am Schluß seiner Mitteilung, daß man ihm nachgedachte das Wort im Munde herumdröhen. Er gab sich Mühe, nachzuweisen, daß ein solcher Protest gegenstandslos sei, da es gar nicht in seiner Absicht gelegen habe, das fragliche Gelände nicht als Ackerland anzusehen. Stadtk. Kayler warf sich noch in längeren, unverständlichen Ausführungen für die Grundstücksbesitzer ins Zeug.

Die ganze Affäre ist ein Beweis dafür, wie frech die Herren Grundstücksbesitzer nachgedachte in der Vertretung ihrer nackten Interessen werden, und wie sehr die Mühschichten von gewisser Stelle gegen sie beobachtet werden müssen. Bei der Gaswerkskasse wurde von unserer Seite beim Eingehen auf den Gasarbeiterstreik im vergangenen Sommer verlangt, daß das städtische Gaswerk ein kommunales Musterbetrieb sein müsse, der nicht nach kapitalistischen Maximen betrieben werden dürfe. Der Vorsitzende der Gaskommission suchte sich mit einer längeren Rede von der Verantwortung für die Ursachen der Mißstimmung unter den Gasarbeitern reinzuwaschen.

Die Beratungen werden Montag 3 Uhr fortgesetzt.

Schwerer Betriebsunfall.

Am Mittwoch Mittag kurz vor 12 Uhr verlor sich im Betrieb von E. Söldner der 22jährige Lorenz Behringer, Eisenreiner, beim Schleifen eines Messers an der Schleifmaschine, indem ihm das Messer sechs Zentimeter tief in den Unterleib drang. Die Verletzung ist äußerst lebensgefährlich. Der Verletzte wurde von der Sanitätskolonne in das Krankenhaus geschafft.

Freiburg.

23. März.

In Lohnbewegung stehen hier die Steinbauer. Zwei mit den Unternehmern geschlossene Unterhandlungen blieben ohne positives Resultat. Die Herren Meister stanken die Dampfbohrer, Anerkennung des Kartellgesetzes, nicht akzeptieren zu können, da sie dann mit der auswärtigen Konkurrenz nicht Schritt halten könnten. In einer Verhandlung mußte der Vorsitzende der Meistervereinigung angeben, daß einer seiner Kollegen eine Arbeit wegknappte, 10 Proz. billiger wie er selbst war; demnach ist die Schmutzlohnkernz untereinander die größte. Jetzt ist von den Geheilen das Gewerbe: legt die Einigungsamt angerufen worden; es ist die Herren Meister auch tun, muß abgewartet werden. Das bei gutem Willen eine Einigung erzielt werden kann, zeigt das Beispiel im Zimmergewerbe, wo es sich um Dinge von größerer Bedeutung handelte. Dies zur vorläufigen Kenntnis und erludert nur einige Aufsuchende um Veranschaulichung der schwachen Differenzen.

Wir erhalten folgende Verichtigung:

1. Es ist unwar, daß ich eine Klasse unterrichte, die 60 Mädchen zählt. Keine einzige Klasse der hiesigen Schule, an der Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden, hat 60 Schüler, geschweige denn 60 Mädchen.

2. Es ist unwar, daß ich am 18. März d. J. (oder je in meiner 30jährigen Lehrtätigkeit) einem Kinde sechs Tagen auf die gleiche Hand verabschiedete.

3. Es ist unwar, daß ich am 18. März d. J. mein Strafmaß mitbraucht habe, wie man Ihrem Berichte entnehmen könnte; jedenfalls wurden keine 120 Tagen ausgeteilt.

4. Es ist unwar, daß schon irgend jemand von mir die Ehre genießen bekam, der in einwandfreier Weise bei mir vorpup.

Freiburg, Jährigen, 21. März 1906.

Fr. Reher, Hauptlehrer.

Wir haben die Verichtigung unserem Gewerksmann unterbreitet, der den Mut des Herrn Reher bewunderte. Die Antwort wird in den nächsten Tagen gegeben werden.

Unverdienlicher Erztzuwachs. Der Führer Walter Dant kaufte vor 9 Jahren das Haus Dorststr. 18 für 24 000 Mk. und dieser Tage verkaufte er dasselbe für 80 000 Mk. 56 000 Mk. Gewinn in 9 Jahren, gewiß ein glänzendes Geschäft für den betreffenden und

...werden noch mehr gemacht. Die Boden...

23. März. Eine kleine Geschichte...

22. März. Ein Eisenbahn...

23. März. Heute Nacht wurde auf der...

23. März. Inzwischen hier und Segels...

23. März. Die Straßammer ver...

Hus der Partei.

24. März. Wir machen auch an dieser...

23. März. Unser Lokal befindet sich...

24. März. Auf morgen Sonntag Abend...

23. März. Der Bericht über...

21. März. Ein Gewerbergericht...

g. Bei den Gewerbergerichtswahlen in...

Bei der Wahl der Unternehmerbesten...

a. Die Wählergebnisse in München haben...

Soziale Rundschau.

G. Kapitalistische Benehmen. Die Aktionäre...

Gemeindezeitung.

Elgersweier, 23. März. Dieser Tage starb...

Hus der Residenz.

In der Mittwoch-Verammlung...

Die Dirigentenfrage in den Arbeiterge...

In den letzten Jahren haben sich die...

Eine Frage indes bereitet ihnen große...

Die Lehrer bedürfen wie alle sonstigen...

Da ein derartiger Verdacht aus der...

Die Antwort ist klar und ist erfreulich...

Der Seine-Vortrag

des Generalsekretärs der deutsch-sozialen...

ein Denkmal verdient habe. Ebenso wurde...

Im Schlußwort gab der Referent zwar zu...

Und solche Leute nennen sich Patrioten...

Zum bevorstehenden Quartals-Wechsel...

von jetzt ab gratis.

Wir bitten um gefl. Angabe der Adresse...

Expdition des Volksfreund.

Das eheliche Güterrecht.

Im Arbeiterbildungsverein sprach...

Die Frau hat die Eheliche Güter...

Zum Schluß erteilte der Vortragende...

Die Klage der 22 katholischen Geistlichen...

Die Klage der 22 katholischen Geistlichen...

Zu der Steuerkommission des Reichstages...

Zu pruzischen Abgeordnetenhaus...

Zu Terrano...

Vereinsanzeiger.

Freiburg. (Jugendorganisation.) Montag...

Briefkasten der Redaktion.

Hus dem Reiche.

Neustadt, 20. März. Ein lustiges Stück...

niemand verstand, was er wollte. Schrecken...

München, 22. März. Das Bier und die...

Nürnberg, 23. März. Auch eine Notzucht...

Wies, 23. März. Die Leiche des in Ars a. d. M...

M. Gladbach, 23. März. Heute Nacht ist die...

Berlin, 23. März. Der silemmerische Otto...

Im Reichstag...

Letzte Post.

Die Klage der 22 katholischen Geistlichen...

Zu der Steuerkommission des Reichstages...

Zu pruzischen Abgeordnetenhaus...

Zu Terrano...

Vereinsanzeiger.

Freiburg. (Jugendorganisation.) Montag...

Briefkasten der Redaktion.

Hus dem Reiche.

Neustadt, 20. März. Ein lustiges Stück...

